

Andreas Otto

[Zuruf von Ralf Hillenberg (SPD)]

Es ist offenbar bisher nicht richtig gelungen, Mittel zu finden, wie man das beeinflussen kann, wie man zu der Frage eine Antwort findet: Welche Mischung wollen wir? Wie beeinflusst man das? Was kostet das? Und auf welchen Wegen können wir das erreichen?

Wenn Sie, Frau Junge-Reyer, eine Senatsverwaltung mit 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben und 2 Milliarden im Jahr ausgeben, dann erwarten wir mehr.

[Beifall bei den Grünen]

Dann erwarten wir mehr Antworten und vor allen Dingen mehr praktische Politik zum Schutz des Klimas, für ein soziales Berlin und für ein gedeihliches Miteinander der Menschen, die in dieser Stadt leben. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Danke schön, Herr Abgeordneter Otto! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer nun dem Einzelplan unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 16/2850 und den Auflagenbeschlüssen des Hauptausschusses Nrn. 71 bis 84 vorbehaltlich der am Ende der Sitzung abzustimmenden Änderungsanträge der Fraktionen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Die Gegenprobe! – Das sind die Oppositionsfraktionen. Enthaltungen sehe nicht. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1 k:

Einzelplan 13

– Wirtschaft, Technologie und Frauen –

hierzu:

Änderungen des Hauptausschusses gemäß
Drs 16/2850

Es beginnt Frau Neumann von der SPD-Fraktion.

Ulrike Neumann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind immer auch Grundsatzdebatten und ziehen Bilanz über politisches Handeln. Unsere Bilanz für die Frauen- und Gleichstellungspolitik im Land Berlin ist positiv. Landeshaushalte sind aber leider nicht unabhängig von Steuer- und Finanzpolitik der Bundesebene. Aktuell setzt Schwarz-Gelb im Bund mit seiner Klientelpolitik der Umverteilung von unten nach oben die Landeshaushalte unter Druck. Einnahmeverluste für die Länder sind zu erwarten. Dieser Druck wird auch auf die Berliner Frauenpolitik Auswirkungen haben. Das sei denen deutlich gesagt, die meinen, dass sich fortschrittliche Frauenpolitik und die Kooperation mit Schwarz-Gelb miteinander verbinden lassen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage in Berlin haben wir für eine fortschrittliche geschlechtergerechte Politik die finanziellen Weichen gestellt.

[Beifall bei der SPD]

Im Land Berlin sind alle Politikbereiche aufgefordert, sich der Gleichstellung und Frauenförderung zu verpflichten. Im heute zur Abstimmung stehenden Haushaltsplan kann man die erforderliche Umsetzung der Gleichstellungsverpflichtung in allen Ressorts gut nachvollziehen. Der Haushaltsplanentwurf des Senats hatte bereits den Frauenetat und die Titel zur Gleichstellung abgesichert und sogar als Ausgleich für gewachsene Anforderungen und Kostensteigerungen in den Projekten mehr als 1 Million Euro zusätzlich eingeplant. Die Frauenprojekte bekommen eine Mittelzerhöhung von 5 Prozent.

In den Haushaltsberatungen ist es meiner Fraktion gelungen, zusätzlich Mittel für Frauenprojekte zu mobilisieren. Dadurch können wir nun mehr tun gegen Zwangsverheiratung, häusliche Gewalt und Menschenhandel sowie zur Verbesserung der Lebenssituation behinderter Frauen.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Insgesamt erhalten die Frauenprojekte 12,3 Millionen Euro. Über zwei Millionen Euro wenden wir allein für das Programm zur Beschäftigung von Frauen mit besonderen Benachteiligungen auf. Die Frauenprojekteinfrastruktur wurde abgesichert. Besonders hervorzuheben ist die Fortführung und Aufstockung des „Berliner Programms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“. Damit wird ganz beträchtlich zum Erfolg der Berliner Hochschulen bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft beigetragen.

Berlin ist im bundesweiten Vergleich der Hochschulen auf dem ersten Platz. In Berlin wird jede vierte Professur mit einer Frau besetzt. Bundesweit ist es nur jede siebte Besetzung. Wir wollen, dass die Hälfte aller Professuren von Frauen besetzt werden. Das Programm hilft, dieses Ziel zu erreichen.

Entscheidend ist natürlich nicht allein die Mobilisierung finanzieller Mittel. Genauso wichtig ist die Art der wirksamen Umsetzung der politischen Ziele. Zentrales Instrument zur Umsetzung unserer Politik ist das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm. Dieses wird durch den dazugehörigen Masterplan konkretisiert. Hier werden die wichtigsten politischen Vorhaben der Legislaturperiode mit der Gleichstellungspolitik zusammengefasst. Dabei werden die Instrumente des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting angewendet. Als einziges Bundesland, das systematisch Gender Budgeting als festen Bestandteil der Haushaltsplanung abbildet, ist Berlin durch unsere Politik ein Vorbild für viele andere.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wichtige Grundlage der Frauen- und Gleichstellungspolitik ist und bleibt seit 1990 das Berliner Landesgleichstellungsgesetz. Der soeben erschiene Neunte Bericht über

Ulrike Neumann

die Umsetzung des LGGs ist eine gleichstellungspolitische Erfolgsbilanz. Allerdings zeigt der Bericht neben den deutlichen Erfolgen auf vielen Gebieten auch die offenen Handlungsfelder. Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um zum Beispiel mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich, dass der Senat bei der Suche nach einem neuen BVG-Vorstand die Position öffentlich ausschreibt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland fordern wir Frauen in allen Bereichen die Parität. – Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 13.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Neumann! – Jetzt hat Frau Abgeordnete Baba-Sommer das Wort für die Linksfraktion.

[Mario Czaja (CDU): Die rot lackierten Faschisten sind am Pult!]

Evrin Baba-Sommer (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige frauenpolitische Anmerkungen zum Haushalt zu dieser späten Stunde.

[Kurt Wansner (CDU): Am besten erst einmal eine Entschuldigung!]

Wenn wir uns den Frauenetat anschauen, können wir zufrieden sein und feststellen, dass Rot-Rot in der Frauenpolitik zulegt, finanziell und strukturell. Im Rahmen der Haushaltsberatung haben wir dann noch einmal etwas zugelegt, sodass wir am Ende mehr als 1 Million Euro im Frauenetat haben.

Dazu kommen Mittel, die in anderen Ressorts für Frauen- und Gleichstellungsbelange zur Verfügung stehen. Sie stehen bei Gesundheit, bei Schule, bei Kultur und bei der Justiz zur Verfügung. Zur fachlichen und öffentlichen Begleitung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms stehen ab 2010 jährlich 200 000 Euro zur Verfügung. Für das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen – das hat Frau Neumann schon erwähnt – stehen wie bisher aus dem Frauenetat über 1 Million Euro zur Verfügung. Zusammen mit den Kofinanzierungen aus dem Wissenschaftsetat und von den Hochschulen kommen wir auf 3,4 Millionen Euro, die dazu beitragen, unseren ersten Platz im Ranking nach gleichstellungspolitischen Aspekten zu behaupten.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Für schulbegleitende Angebote für Mädchen und technische Berufe stehen ausschließlich ESF-Kofinanzierungen

über 200 000 Euro zur Verfügung. Besonders wichtig ist mir, dass alle Frauenprojekte eine fünfprozentige Etaterhöhung als Ausgleich für gewachsene Anforderungen und Kostensteigerungen erhalten.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Einige Projekte sind neu in die Förderung aufgenommen worden. Andere erhalten einen zusätzlichen Zuschlag. An die etwa 60 selbstverwalteten Berliner Frauenprojekte gehen knapp 10 Millionen Euro, zur Beratung und Unterstützung von Migrantinnen, für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen, zur Sicherung von Infrastruktur und Angeboten der Frauenzentren sowie an besondere Selbsthilfefprojekte. Die 20 Projekte zur beruflichen Qualifizierung von Frauen können einschließlich der Kofinanzierung mit ESF-Mitteln von mehr als 5 Millionen Euro rechnen. Dazu kommen noch mehr als 2 Millionen Euro aus dem Programm zur Beschäftigung von Frauen mit besonderen Benachteiligungen und zur Stärkung der Projekteinfrastruktur.

Das sind Mittel, die seinerzeit im Rahmen des Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms über die Arbeitsverwaltung zur Verfügung standen. Hier ist es gelungen, die Mittel dauerhaft im Frauenetat zu verankern.

Ich will aber nicht verschweigen, dass es auch einen Wermutstropfen gibt. Ich weiß, dass die Opposition damit unseren Erfolg vergiften will. Doch die Neuausrichtung des Fraueninfrastrukturprogramms wurde auf der Grundlage des Gleichstellungsrahmenprogramms vorgenommen. Die Mittel stehen weiterhin in ungekürzter Höhe von mehr als 2 Millionen Euro zur Verfügung. Nicht alle Anträge konnten bewilligt werden, aber es gibt die Vorgabe, dass Frauen, deren Projekte nicht weitergeführt werden, vorrangig vermittelt werden. Dieses Verfahren läuft zurzeit, und ich erwarte, dass es für den betroffenen Personenkreis eine akzeptable Perspektive gibt.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Für Lichtenberg zum Beispiel kann ich sagen, dass der Bezirk, der sich bislang nicht an der Finanzierung beteiligt hat, für einen gewissen Ausgleich sorgen wird. Sie können uns glauben, dass wir an dem Thema dranbleiben. So, wie es uns Schritt für Schritt gelungen ist, den Frauenetat nach Haushaltsnotstand und Krise zu stabilisieren, werden wir weitermachen: Schritt für Schritt unter Einbeziehung der Betroffenen, passgenau und ausgerichtet auf die aktuellen gleichstellungspolitischen Erfordernisse. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, verbunden mit der Bitte um Zustimmung zum Einzelplan 13!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Baba-Sommer! – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kofbinger das Wort.

Anja Kofbinger (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu später Stunde ein wirklich wichtiges Thema: Frauenpolitik. Liebe Kollegin Baba! Ich will Ihren Erfolg nicht vergiften. Das war nie mein Ziel mit meinen Reden, die ich bislang hier gehalten habe. Ich gebe immer nur Dinge zu bedenken oder versuche klarzustellen. So werde ich das auch heute machen. Ich habe nur drei Minuten dafür Zeit. Deshalb wird das ein kleiner Parforceritt durch Ihre sogenannten Erfolge.

Ja, sicherlich, es ist einiges gelungen. Jetzt aber gleich eimerweise Lob und Hudel über sich zu gießen, ist bei genauer Analyse Ihrer Erfolge etwas übertrieben.

[Beifall bei den Grünen]

Ich werde Ihnen kurz mitteilen, was da alles so passiert ist. Ja, Sie haben um 5 Prozent erhöht. Das war aber auch dringend notwendig, das war nämlich, wenn ich es richtig recherchiert habe, die erste – ich nenne es einmal so – Lohnerhöhung seit 1997. Da die Reallöhne in den vergangenen zwölf Jahren ein wenig gesunken sind, kompensiert das nicht annähernd das, was verlorengegangen ist. Ja, Sie haben zusätzliche Mittel aus dem Arbeitshaushalt erhalten, um Ihr geschlechterpolitisches Rahmenprogramm auf den Weg zu bringen. Dadurch haben Sie aber leider einen Großteil der Fraueninfrastruktur im Osten zerschlagen. Die ist nun einfach weg und ist auch nicht einfach mit ein wenig gutem Willen der Bezirke wieder aufzubauen. Die Bezirke haben nämlich leider keine Gegenfinanzierungsmittel. Das ist sehr bedauerlich.

[Zuruf von Evrim Baba-Sommer (Linksfraktion)]

Das aber haben Sie zu verantworten. Dass Sie sich jetzt um die Frauen kümmern, die älter als 55 Jahre sind und jetzt ihre Stelle verloren haben, weil sie nicht mehr zum neuen Profil passen, ist für mich eine ganz normale Angelegenheit. Wie gesagt, das haben Sie alles richtig gemacht, aber: keine eimerweise Lobhudelei an dieser Stelle.

Nun noch einige Worte zum Gender-Budgeting. Dazu habe ich vor zwei Jahren eine Rede gehalten, die könnte ich heute wieder genauso halten. Aber so etwas macht man ja nicht.

[Gernot Klemm (Linksfraktion): Schade!]

– Ja, schade eigentlich. Die war nämlich ziemlich gut. – Vor zwei Jahren habe ich gesagt: In den letzten fünf Jahren – jetzt kann ich sagen: in den letzten sieben Jahren – kann ich den mittlerweile leider verstorbenen Staatssekretär Strauch zitieren, der sagte: Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir haben die Startlinie überschritten. – Genauso weit sind wir heute, zwei Jahre später, auch wieder. Herzlichen Glückwunsch! Wenn Sie wirklich etwas für Frauen machen und Haushaltsmittel zur Verfügung stellen wollen, dann müssen Sie dieses Geld den Frauen auch geben. Sorgen Sie bitte dafür, dass der nächste Vorstandsposten an eine Frau geht.

[Beifall von Özcan Mutlu (Grüne)]

Es sind 300 000 Euro, die Herr Sturmowski zurzeit verdient, es sind 500 000 Euro, die Herr Kissing zurzeit verdient – das sollte eigentlich eine Frau Kissing sein nach dem Landesgleichstellungsgesetz –, und wenn Sie all diese Vorstandsposten geschlechterparitätisch vergeben, können Sie viele Millionen Euro an Frauen vergeben. Damit hätten Sie sehr viel Geschlechtergerechtigkeit geschaffen, viel mehr als das, was Sie mit der Fortschreibung Ihres Etats zurzeit erreichen.

Ansonsten kann ich nur sagen: Das LGG muss novelliert werden. Wir haben Ihnen dafür Vorschläge unterbreitet, die Sie immer ganz kühn ablehnen, weil Sie angeblich selber welche haben. Die würde ich gern einmal sehen.

[Evrin Baba-Sommer (Linksfraktion):
Warten Sie ab!]

Liebe Frau Baba-Sommer! Liebe Kollegin Neumann! Ich harre der Dinge, die sich dort einstellen werden. Ich habe aber keine allzu große Hoffnung, dass Sie mich positiv überraschen werden. Ich sehe gerade, dass meine Redezeit abgelaufen ist. Ich könnte noch stundenlang mit Ihnen plaudern,

[Andreas Gram (CDU): Nicht übertreiben! –
Zurufe von der SPD: Nein!]

aber ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kofbinger! – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Thiel das Wort.

Volker Thiel (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon ein wenig darüber verwundert, dass wir beim Einzelplan 13 – Wirtschaft, Technologie und Frauen – plötzlich von der Koalition zuerst aufgefordert bekommen, über das wichtige Thema Frauen zu sprechen und danach erst über Wirtschaft.

[Anja Kofbinger (Grüne): Die Zeiten ändern sich!]

Ich habe es heute Mittag erst erfahren. – Entweder ist das Ressort – –

[Christian Gaebler (SPD): Wir haben
es schon gesagt!]

– Herr Gaebler, melden Sie sich doch, wenn Sie etwas sagen wollen! – Entweder ist das wichtige Querschnittsressort Frauen falsch angebunden am Wirtschaftsbereich – das könnte ich sogar nachvollziehen – und man müsste es dadurch aufwerten, dass man ihm einen eigenen Bereich gibt, oder aber Sie ziehen nur die Konsequenz aus dem, was ich schon seit Langem feststelle, dass es in dieser Stadt nämlich keine konsistente Wirtschaftspolitik

Volker Thiel

gibt. Dann haben Sie natürlich auch recht, so zu verfahren.

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):
Jetzt warten Sie doch ab!]

Was macht der Wirtschaftssenator? Da wird über die Umweltzone geredet, der Staatssekretär, die Staatssekretärin und die Senatorin führen sie ein, und Herr Wolf? – Sie schweigen. Sie schweigen so massiv, dass sich selbst Herr Müller über die Presse mit der Bitte an Sie wendet, Sie möchten sich dazu einmal äußern. So ist es im letzten Sommer geschehen, ich stelle es Ihnen gern zur Verfügung.

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Sprechen Sie jetzt zum Haushalt oder zu Frauen?]

Oder aber der Herr Senator für Finanzen überlegt vollkommen unsystematisch, die Gewerbesteuer ausdehnen zu wollen – was ein ziemlicher Blödsinn wäre –, und der Wirtschaftssenator schweigt dazu. Gestern nun hat eine Diskussion zum Thema Nachnutzung von Tegel stattgefunden. Wo sind Sie, Herr Wirtschaftssenator? – Abwesend. Herr Senator! In Amerika hätte man Ihnen längst den Ehrentitel „lame duck“ verpasst. Dieser Titel beschreibt so richtig Ihre Aktivitäten.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Anstatt dass die Koalition eingreift und haushaltsfremde Ausgaben im Bereich Wirtschaft, wie zum Beispiel solche für die Straßenreinigung an die BSR – eine Quersubventionierung – oder für das Sozialticket – vollkommen falsch etatisiert bei Wirtschaft –, infrage stellt, kürzt sie den Titel Wirtschaftsförderung und den Titel Sonderkosten Industrieansiedlungen. Man kann wirklich keine Schwerpunkte in diesem Haushalt – weder bei Wirtschaft noch sonst wo – erkennen, weder für die Messe, den Kongressstandort, die ILA, die Wirtschaftsansiedlungen, nirgendwo sind Schwerpunkte gebildet worden, sondern es ist schlicht und einfach ein langweiliges und träges Weiter so wie vor zwei Jahren. Sie haben keine Perspektiven für die Stadt und die Wirtschaftspolitik aufgezeigt. Insofern ist es verständlich, dass Sie lieber über die Frauenprojekte sprechen als über die nicht vorhandene Wirtschaftspolitik. Es ist klar, dass wir solch einem Haushalt nicht zustimmen können. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der FDP und der CDU –

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Das war jetzt wirklich überzeugend!]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thiel! – Für den Senat spricht jetzt der Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen. – Bitte sehr, Herr Wolf, Sie haben das Wort!

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Thiel! Ich habe in Ihrem Beitrag nicht viel über Wirtschaftspolitik erkennen können,

[Beifall bei der Linksfraktion]

außer das Missverständnis, dass Wirtschaftspolitik darin besteht, Forderungen der FDP nach Steuersenkungen zu übernehmen.

[Christoph Meyer (FDP): Und den Soliabschlag!]

Ich finde den Vorschlag des Kollegen Nußbaum, die Basis für die Gewerbesteuer zu verbreitern, richtig, ein Vorschlag, den ich schon lange vertrete.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Das ist sinnvoll, weil es die Finanzierungsbasis der Kommunen stärkt. Das ist auch wirtschaftspolitisch sinnvoll, weil über die Gewerbesteuer Infrastruktur finanziert wird, die wir für die Entwicklung des Standortes brauchen.

[Christoph Meyer (FDP): Gut, dass Sie das nicht entscheiden!]

Ich bin auch nicht der Auffassung, Herr Kollege Thiel, dass sich Wirtschaftspolitik gegen eine sinnvolle Umweltzone stemmen muss, sondern ich finde, Ökologie und sinnvolle Wirtschaftspolitik geht zusammen und gehört immer mehr zusammen.

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP): Hand in Hand! Der Sozialismus nimmt seinen Lauf!]

Die FDP hat das noch nicht verstanden, irgendwann werden Sie es vielleicht auch noch verstehen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir wissen, Berlin ist bislang relativ glimpflich durch die Krise gekommen.

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP):
Ihr habt ja auch nichts zu verlieren!]

Wir haben noch immer einen Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im dritten Quartal dieses Jahres um plus 1,2 Prozent. Was das Absenken des Bruttoinlandsprodukts angeht, bundesweit wahrscheinlich minus 5 Prozent, ist es in Berlin minus 2,6 Prozent.

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP):
Auf niedrigem Niveau!]

– Und, Herr Kluckert, wenn Sie sagen, wir hätten nicht viel zu verlieren, dann sagen ich Ihnen: Natürlich hatten wir etwas zu verlieren.

[Christoph Meyer (FDP): Sie haben
etwas zu verlieren! –

Dr. Sebastian Kluckert (FDP): Ihren Job!]

Natürlich hätten wir auch eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bekommen können, aber im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt haben wir einen weiteren Anstieg der

Bürgermeister Harald Wolf

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Insofern arbeiten wir gegen den Trend. Das hat nicht nur damit etwas zu tun, wie Sie es immer formulieren, dass wir so wenig Industrie haben, sondern die Realität ist, dass es hier immer noch Wachstum bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und bei den Erwerbstätigen gibt.

[Christoph Meyer (FDP): Beim ÖBS!]

Berlin ist hier im Vergleich der Bundesländer gegenwärtig zusammen mit Hamburg Spitzenreiter.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Gleichzeitig ist klar, die Situation ist nach wie vor ausgesprochen schwierig. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Das Niveau der Auftragseingänge in der Bundesrepublik insgesamt und in Berlin ist nach wie vor sehr niedrig. Wir haben im September dieses Jahres bei den Auftragseingängen in der Produktion gegenüber dem Vorjahr minus 21 Prozent gehabt. Das macht deutlich, die Kapazitäten in der Berliner Wirtschaft in der Industrie sind nicht ausgelastet, und zwar im großen Umfang nicht ausgelastet. Teilweise wird das über die Kurzarbeit kompensiert. Deshalb besteht im nächsten Jahr für die Beschäftigung Gefahr, wenn hier nicht die Auftragseingänge wieder anziehen bzw. der Ausfall der privaten Nachfrage durch öffentliche Nachfrage kompensiert werden kann.

Das zweite große Risiko besteht darin, dass das Bankensystem in der Bundesrepublik nach wie vor nicht funktionsfähig ist, dass die Banken immer noch zum großen Teil mit den Risiken aus den toxischen Papieren belastet sind, dass ihre Eigenkapitalbasis angegriffen ist. Auch hier sind wir in Berlin noch in einer relativ günstigen Situation. Ich sage das immer: Bei der Landesbank hatten wir in gewisser Weise so etwas wie die Gnade des frühen Crashes. Bei dem ganzen Subprime-Wahnsinn und dem, was danach gekommen ist, waren wir nicht dabei. Das heißt, Landesbank und Sparkasse sind in der Lage, kleine und mittelständische Unternehmen zu finanzieren. Ähnliches gilt für die Volksbank. Aber für eine Reihe von privaten Geschäftsbanken gilt das nicht mehr. Deshalb sage ich an dieser Stelle immer wieder: Es ist dringend notwendig, dass die Bundesregierung hier Maßnahmen ergreift und den Banken nicht nur zulasten des Steuerzahlers Risiken abnimmt, sondern dass hier auch aktiv eingegriffen wird, dass die Rekapitalisierung und die Nutzung von Möglichkeiten aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und des Ergänzungsgesetzes nicht auf der freiwilligen Basis geschehen, sondern dass dieses verpflichtend geschehen muss, weil sonst bundesweit und teilweise auch in Berlin droht, dass wir die Folgen einer Kreditklemme zu spüren bekommen und die Erholungstendenzen abgewürgt werden.

Was tun wir in Berlin, um der Krise zu begegnen? –

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP): Nicht viel!]

Einmal setzen wir – und das, finde ich, läuft gut – das Konjunkturprogramm konsequent und zügig um. Das

wird sich in den nächsten Monaten noch deutlicher aufbauen, und die Wirkung in der wirtschaftlichen Stabilisierung wird man noch deutlicher sehen. Man sieht es bereits jetzt schon beim Ansteigen der Auftragslage in der Bauwirtschaft. Das hat stabilisierende Effekte.

Zweitens haben wir bei der IBB die Möglichkeit geschaffen, dass z. B. Betriebsmittelfinanzierungen, für Unternehmen gegenwärtig das entscheidende Thema, möglich sind.

[Christoph Meyer (FDP): Ein Jahr zu spät!]

Wir schaffen weitere Möglichkeiten über Globaldarlehen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Es geht aber nicht nur darum, der Krise zu begegnen, wir haben gleichzeitig Verbesserungen beim Unternehmensservice vorgenommen, indem wir jetzt Berlin Partner mit dem Unternehmensservice beauftragt haben. Sie kennen die Konzeption. Das will ich hier angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht weiter dar- und vorstellen. Aber ich glaube, das es auch in der gegenwärtigen Situation ein wichtiges Instrument ist, um die Unternehmen besser und intensiver begleiten zu können.

Es geht aber nicht nur darum, dass wir Antikrisenmaßnahmen ergreifen, dass wir versuchen, die Krisen zu managen, sondern es geht vor allem auch darum, dass wir zukunftsfähige Politik machen, dass wir den Strukturwandel in Berlin weiter vorantreiben. Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren gesehen haben, dass wir hier einen gewissen Wendepunkt erreicht haben. Wir haben nach 2006 erstmalig seit der Wende wieder industrielles Wachstum, nicht nur beim Umsatz, sondern auch in der Beschäftigung gehabt. Wir haben in den Clustern, auf die wir uns orientieren, überproportionales Wachstum gegenüber dem Bundesdurchschnitt.

[Zuruf von Christoph Meyer (FDP)]

Insofern glaube ich, dass sich diese Strategie bewährt hat, sprich: Wir werden diese Clusterstrategie weiter fortsetzen, ausbauen und konsolidieren. Wir werden die Innovationsstrategie auch mit Brandenburg weiter vereinheitlichen, damit wir innerhalb dieser Region gemeinsam vorankommen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir haben gleichzeitig in den letzten Jahren einen stärkeren Fokus auf das Thema Industrie gelegt. Es gibt mittlerweile ein breites Netzwerk Industrie, wo Gewerkschaften, Arbeitgeberseite und Politik an einem Strang ziehen. Ich glaube, dass wir das Thema Industriestandort in Berlin weiter voranbringen können, über die unterschiedlichen Komponenten: von der Innovationspolitik über Flächenpolitik. Das Stichwort Tegel ist mehrfach genannt worden. Da verlangt jeder mittlerweile das Erstgeburtsrecht für die Idee.

[Christoph Meyer (FDP): Aber die Gewerkschaften!]

Bürgermeister Harald Wolf

Wir sind der festen Überzeugung, dass Berlin weiterhin die Chance zu industriellem Wachstum hat und dass wir uns gerade auf die Bereichen, die Wachstumsfelder der Zukunft sind, konzentrieren. Wir haben es auf der Wirtschaftskonferenz zum Thema Green Economy ausführlich diskutiert: Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel innerhalb der Industrie. Das Thema nachhaltiges Wirtschaften, das Thema Ökologie ist ein genuin industriepolitisches Thema. Darauf werden wir uns in unserer Industriepolitik konzentrieren, um die Wachstumspotenziale hier zu nutzen.

Zur Wirtschaftspolitik gehört es auch zu wissen, dass es nicht einfach um den Grundsatz geht: Hauptsache Arbeit, sondern dass wir den Grundsatz verfolgen: gute Arbeit. Deshalb bin ich froh, dass der Rat der Bürgermeister, nachdem es jetzt im Ausschuss war, das Vergabegesetz aller Voraussicht nach in der nächsten Sitzung so beraten wird und wir es dann im Januar 2010 als Senat dem Parlament zuleiten können,

[Christoph Meyer (FDP): Ist eine Drohung!]

womit wir deutlich machen: Wir wollen, dass die Forderung nach guter Arbeit, dass Mindeststandards eingehalten werden und damit auch einen wichtigen Beitrag leisten zur Bekämpfung des Niedriglohnsektors. – Das ist auch aus dem Gesichtspunkt von Gleichstellungspolitik zentral, weil der Niedriglohnsektor ganz wesentlich auch ein Sektor von Frauenarbeit ist.

Das Thema Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm ist schon angesprochen worden. Ich glaube, dass der Senat hier einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht hat, indem er Neuland in der Bundesrepublik betreten hat, indem wir darauf orientieren, dass Frauenpolitik, dass Gleichstellungspolitik von allen Senatsressorts bearbeitet wird.

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP):

Und vor allem in den Bezirksämtern!]

Wir werden im nächsten Jahr den ersten Umsetzungsbericht vorlegen und damit zeigen, dass wir hier deutliche Fortschritte machen.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Es ist von meinen Vorrednerinnen schon angesprochen worden, dass wir auch in diesem Haushalt deutliche Akzente haben setzen können: durch die Stabilisierung der Fraueninfrastruktur, durch die neue Ausrichtung der Fraueninfrastruktur auf die Schwerpunkte des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms, durch die finanzielle Verbesserung.

Deshalb bin ich der Überzeugung, dass dieser Haushalt ein Haushalt ist, mit dem wir die notwendigen Maßnahmen zur Stabilisierung gegen die Krise ergreifen können, über Innovation, über Industriepolitik neue Akzente für künftiges Wachstum setzen zu können, und in dem wichtige Grundlagen für Gleichstellungspolitik und die Stärkung der Fraueninfrastruktur gesetzt worden sind. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Senator! – Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Kollege Jahnke.

Frank Jahnke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu sehr später Stunde kommen wir nun also zu dem Teil des Haushalts, der sich am unmittelbarsten auf die Berliner Wirtschaft einschließlich der öffentlichen Unternehmen und damit auch auf die Arbeitsplatzsituation in Berlin auswirkt. Die gerade in der aktuellen „Wirtschaftswoche“ veröffentlichte Untersuchung der Wachstumspotenziale aller Bundesländer zeigt eines deutlich: Berlin schneidet stets dann schlecht ab, wenn es um Bestandsgrößen geht wie die Arbeitslosenquoten, um das absolute BIP pro Einwohner. Doch ist das Bild ein gänzlich anderes, wenn Veränderungsgrößen, wenn Entwicklungspotenziale, Dynamik, Innovationsfähigkeit verglichen werden. Das bedeutet: Berlin kann selbstverständlich nicht von heute auf morgen hinsichtlich der ökonomischen Rahmendaten mit Hamburg oder süddeutschen Flächenländern gleichziehen. Hierfür war die Ausgangssituation nach 40 Jahren Teilung einfach zu unterschiedlich, aber die Schere beginnt, sich zu schließen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die Arbeitslosenquote in Berlin liegt heute um fast sechs Prozentpunkte niedriger als noch vor vier Jahren, und das Wirtschaftswachstum liegt jetzt oberhalb des Bundesdurchschnitts. Es muss uns allen hier im Haus doch gleichermaßen wichtig sein, dass Berlin ökonomisch vorankommt, egal ob man Mitglied einer Regierungs- oder einer Oppositionsfraktion ist.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Es kann doch einfach nicht wahr sein, dass ein für Berlin verantwortlich zeichnender Politiker wie Herr Henkel vorhin in seiner Rede genussvoll den Begriff „Hauptstadt der Armut“ in den Saal wirft, nur weil er glaubt, hierfür den Senat verantwortlich machen zu können.

[Zuruf von Andreas Gram (CDU)]

Das ist wirklich billige Stimmungsmache auf Kosten der Berlinerinnen und Berliner und ihrer Stadt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Mit dem heute zur Verabschiedung vorliegenden Doppelhaushalt 2010/2011 setzt die rot-rote Koalition auf die Förderung der Wirtschaft in der gesamten Breite des Förderspektrums, was sich im Einzelplan 13 auch deutlich niederschlägt. Bei einem Volumen von 597 Millionen Euro im Jahr 2010, 560 Millionen Euro im Jahr 2011 kommen jeweils mehr als 250 Millionen Euro direkt den Berliner Unternehmen zugute.

Eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip können wir uns nicht leisten. Sie wäre auch ineffektiv. Wichtiger ist